



**SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS**  
**DER PARTEIVORSTAND**

SPD-Parteivorstand, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin

**WPS 335**  
**Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e.V.**

Berlin, 27. August 2017

## Antisemitismus

*Der Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus hat unter Bezug auf die FES-Mitte-Studie 2016 herausgearbeitet, dass zusammengefasst sechs Prozent der deutschen Bevölkerung ihre Zustimmung zu klassischen Antisemitismus, 26 Prozent zu sekundärem Antisemitismus und 40 Prozent zu israelbezogenem Antisemitismus geben. Nach den Analysen der Autor\*innen sind antisemitische Bilder in allen Altersstufen in allen gesellschaftlichen Gruppen der Mehrheitsgesellschaft sowie gesellschaftlicher Minderheiten abrufbar. Demnach äußert sich Antisemitismus oft verdeckt und in vielschichtigen Erscheinungsformen. Gleichzeitig wird Antisemitismus politisch und gesellschaftlich als insgesamt wenig bedeutsam erachtet und die (immer noch) weit verbreiteten Stereotype häufig bestritten. Der Bericht stellt heraus, dass die Relevanz von Diskriminierungen und das Schutzbedürfnis jüdischer Gemeinden ausschließlich historisch begründet und gegenwärtige Erscheinungsformen von Antisemitismus und ihre Wirkung oft nicht erkannt oder ernst genommen werden.*

### **Wie möchte Ihre Partei die Forderungen und Empfehlungen des aktuellen Antisemitismusberichts umsetzen?**

#### **Frage 1:**

Insbesondere im Bezug auf

- das Monitoring antisemitischer Einstellungen und die systematische Erfassung antisemitischer Übergriffen oder Vorfällen in der Gesellschaft,

#### **Antwort:**

Die SPD will die Empfehlungen des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus aufgreifen und umsetzen. Das umfasst eine Verbesserung des Monitorings antisemitischer Einstellungen und die systematische Erfassung antisemitischer Übergriffe oder Vorfälle in der Gesellschaft. Dazu gehört auch, dass wir uns dafür einsetzen, dass Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund in Zukunft besser erfasst und statistisch ausgewertet werden.

Wir unterstützen die Forderung des Expertenkreises, die Definition der die Internationale Allianz für das Holocaust Gedenken (IHRA) zu übernehmen, um einen einheitlichen Kriterienkatalog zur Einordnung von antisemitischen Straftaten und Vorfällen zu bekommen. Einige der EU-Mitgliedstaaten nutzen diese „Arbeitsdefinition“ bereits. Die Annahme dieser Arbeitsdefinition würde es erleichtern, Erkenntnisse bundesweit zu sammeln, die Dunkelziffer aufzuhellen und gesetzgeberische Maßnahmen sowie die Hilfs- und Beratungsangebote zielgerichteter zu gestalten.

SPD-Parteivorstand  
Willy-Brandt-Haus  
Wilhelmstr. 141  
10963 Berlin

Fon 030 25991-500  
Fax 030 25991-410  
parteivorstand@spd.de  
www.spd.de

Berliner Sparkasse  
IBAN: DE77 1005 0000 0190 5555 56  
BIC: BELADEBEXX

 facebook.com/SPD  
 youtube.com/SPDvision  
 twitter.com/SPDde

## Frage 2:

Insbesondere im Bezug auf

- Jüdinnen und Juden in institutionalisierte Diskurse in Expertengremien, Förderprogrammen, politische Bildung einzubeziehen und den Diskurs „über“ aufzubrechen,

## Antwort:

Wir werden die Handlungsempfehlungen des Antisemitismusberichts umsetzen, die das Expertengremium uns mit auf den Weg gegeben hat. Alle Fraktionen des Deutschen Bundestages haben sich darauf verständigt, den Bericht in der nächsten Wahlperiode wieder aufzurufen und zu beraten. Die SPD wird nicht nachlassen – ihrer eigenen Geschichte und Grundwerte bewusst und verpflichtet – dass dieser Bericht in Maßnahmen zur Verbesserung im Kampf gegen Antisemitismus münden. Dazu gehört selbstverständlich auch die Einbeziehung von Jüdinnen und Juden in Gremien, die „sich für Demokratieförderung einsetzen und Antisemitismus und Rassismus bekämpfen“ und „die stärkere Einbeziehung jüdischer Perspektiven und Expertisen in die verschiedenen Förderprogramme historisch-politischer Bildung, Antisemitismusprävention und -intervention“.

Sowohl staatliche als auch zivilgesellschaftliche Gremien müssen – wie Sie es ausdrücken – den Diskurs „über“ kritisch hinterfragen, die Beteiligung von Jüdinnen und Juden fördern und vorantreiben und das Recht von Jüdinnen und Juden auf Mitbestimmung u.a. bei der Definition und Erfassung von Antisemitismus anerkennen. Damit Projekte auch zielgerichtet ausgelegt werden können, brauchen wir mehr Forschung. Dabei müssen Sichtweisen sowohl der jüdischen als auch der nichtjüdischen Bevölkerung einbezogen werden. Forschungsergebnisse, die der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, können auch dazu beitragen, Vorurteile zu beseitigen.

## Frage 3

Insbesondere im Bezug auf

- die Auseinandersetzung mit Antisemitismus innerhalb der eigenen Partei,

## Antwort:

In der SPD arbeiten Frauen und Männer unterschiedlicher Herkunft, verschiedener religiöser und weltanschaulicher Überzeugungen zusammen. Sie verstehen sich seit dem Godesberger Programm von 1959 als linke Volkspartei, die ihre Wurzeln in Judentum und Christentum, Humanismus und Aufklärung, marxistischer Gesellschaftsanalyse und den Erfahrungen der Arbeiterbewegung hat. Die SPD hat als einzige Partei einen Arbeitskreis von Jüdinnen und Juden. Der Arbeitskreis ist für jüdische Themen ansprechbar und leistet Aufklärungsarbeit innerhalb und außerhalb der Partei.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kämpfen seit über 150 Jahren für Toleranz und gegen Rassismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit insgesamt. In unserer Partei gibt es null Toleranz für Antisemitismus. Sollte es zu Vorfällen kommen, reagieren wir mit Entschiedenheit und Härte. Wir sind stolz darauf uns, dass uns im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit Antisemitismus auch wissenschaftlich eine klare positive Haltung unter den deutschen Parteien bescheinigt wird<sup>1</sup>. Das ist uns Ansporn und Verpflichtung hier nicht nachzulassen.

---

<sup>1</sup> „Die SPD ist diejenige politische Kraft in Deutschland, die sich programmatisch stets dem Antisemitismus gestellt hat. Gerade auf der Ebene des politischen Nachwuchses (Jusos) ist Antisemitismus gesellschaftlich wie parteiintern ein sehr präsent Thema – auch dann, wenn die Kritik an Funktionäre der Partei adressiert wird.“ (Dana Ionescu und Samuel Salzborn, „Antisemitismus in deutschen Parteien“, S.306f., in *Antisemitismus in deutschen Parteien*, hg. Dana Ionescu und Samuel Salzborn, 2014).

**Frage 4:**

Insbesondere im Bezug auf

- bessere Rahmenbedingungen für die Prävention der historisch-politischen Bildungsarbeit,

**Frage 5:**

Insbesondere im Bezug auf

- Voraussetzungen für eine langfristig ausgerichtete und verlässliche Förderung von Bildungsprojekten zum Thema Antisemitismus,

**gemeinsame Antwort zu 4 und 5:**

Die SPD will mehr und bessere präventiven Bildungsarbeit gegen Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Ganzen. Das ist auch eine Empfehlung des NSU-Untersuchungsausschusses, die wir weiter und rasch umsetzen wollen. Neben den grundsätzlich zuständigen Bundesländern, wollen wir, dass der Bund hier noch mehr Initiative zeigt.

Die SPD-geführte Bundesregierung hat 2002 mit gezielten Förderprogrammen zur Stärkung der Demokratie begonnen. Wir arbeiten seitdem konsequent daran, die damit aufgebauten wertvollen Strukturen zu verstetigen. Bereits in den vergangenen Jahren haben wir die Mittel im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ mehr als verdreifacht. Dieses Programm läuft 2019 aus. Deshalb wollen wir mit einem Demokratiefördergesetz des Bundes endlich die Strukturen der Präventionsarbeit langfristig und nachhaltig sichern.

Zudem werden wir insgesamt die finanziellen Mittel für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements deutlich aufstocken und strukturell absichern. Wir wollen, dass dafür eine Deutsche Engagementstiftung gegründet wird. Über die Stiftung kann die Zivilgesellschaft, darunter Vereine, Kirchen und Nichtregierungsorganisationen, über den Einsatz der Mittel für die strukturelle Förderung des Engagements mitentscheiden.

Wir wissen, dass ein guter und moderner Schulunterricht von entscheidender Bedeutung ist, Schülerinnen und Schüler stark zu machen gegen menschenfeindliche Einstellungen. Deswegen ist eine Stärkung der Bildung immer auch eine Stärkung im Kampf gegen Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus.

Wir wollen daher den Flickenteppich in der Bildungspolitik beenden. Wir brauchen endlich mehr gemeinsame Bildungsstandards. Die SPD steht geschlossen für mehr Kompetenzen des Bundes, damit er gemeinsam mit den Ländern Schulen modernisieren und Chancengleichheit für alle gewährleisten kann.

Aber es ist klar: Ein Großteil der Präventionsarbeit fällt weiter in die Zuständigkeit der Länder. Dazu gehört die Sensibilisierung von Erzieherinnen und Erziehern sowie Lehrerinnen und Lehrern. Auch bei Polizei und Justiz – ebenfalls in der Zuständigkeit der Länder – braucht es mehr Aufklärung und Schulungen, um antisemitische Straftaten erkennen und entsprechend einordnen zu können. Deshalb unterstützen wir die Forderung des Expertenkreises nach der Schaffung einer Bund-Länder-Kommission, in der u.a. ein regelmäßiger Austausch über erfolgreiche Projekte und eine bessere Koordinierung der Programme stattfindet.

**Frage 6:**

Insbesondere im Bezug auf

- Die Einsetzung einer\*s Antisemitismus-Beauftragten.

**Antwort:**

Die SPD begrüßt grundsätzlich diese Forderung. Es bedarf einer Struktur, die dafür sorgt, dass die kontinuierlich das Thema Antisemitismus bearbeitet. Auch das Europäische Parlament hat in einer Entschließung am 1. Juni 2017 die Einsetzung eines Koordinators in den Mitgliedstaaten beschlossen. Wir wollen darüber diskutieren, wie und wo man einen oder eine Beauftragte installiert und welche Aufgaben er bzw. sie wahrnehmen soll.

## **Demokratieförderung**

*Demokratie bedeutet bei nahezu allen politischen Parteien zuerst Wahlen und damit die Legitimierung parlamentarischen Handelns. Neben dieser Herrschaftsform kann Demokratie auch als eine Gesellschafts- und eine Lebensform verstanden werden. Alle Bereiche des öffentlichen Lebens wie Schulen, Straßen, Marktplätze und Parks sind damit Teil der Demokratie, sie sind für alle da und all tragen dafür Verantwortung. Eine gesicherte und gleichberechtigte Teilhabe und aktive Mitwirkung an diesen Systemen und Orten sollte deshalb ebenso Teil von Demokratie sein wie die Mitbestimmung darüber, wie wir zusammenleben wollen.*

### **Frage 7:**

Abgesehen von Wahlen, wie möchte Ihre Partei ein demokratisches Miteinander auf zivilgesellschaftlicher Ebene und im Austausch von Zivilgesellschaft und Politik fördern?

### **Antwort:**

(siehe auch Antworten auf Fragen 4 und 5)

Unsere Demokratie lebt von Bürgerinnen und Bürgern, die sich für die Gesellschaft einsetzen. Die Bereitschaft dafür ist hoch. Das zeigt auch der Einsatz vieler tausend freiwilliger Helferinnen und Helfer in der Flüchtlingshilfe. Wir würdigen das große Engagement vieler Freiwilliger, aber auch von Menschen in Verwaltung, Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Initiativen und Vereinen, die sich für neu Hinzugezogene einsetzen und die gegen Rassismus aufstehen. Wir danken ihnen und erkennen ihre Arbeit an. Für viele Menschen ist die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und bürgerschaftlichem Engagement jedoch schwierig. Wir wollen für alle Menschen Zeit schaffen, damit sie sich auch einbringen können.

Für uns ist klar: Bürgerschaftliches Engagement muss wertgeschätzt werden. Die finanziellen Mittel für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements werden wir deutlich aufstocken und strukturell absichern. Wir wollen, dass dafür eine Deutsche Engagementstiftung gegründet wird. Über die Stiftung kann die Zivilgesellschaft, darunter Vereine, Kirchen und Nichtregierungsorganisationen, über den Einsatz der Mittel für die strukturelle Förderung des Engagements mitentscheiden.

Der Austausch von Zivilgesellschaft und Politik findet auf allen Ebenen statt. Ganz besonders natürlich auf kommunaler Ebene. Die SPD ist starke Kraft in den Kommunen und befindet sich stets im regen Austausch mit Verbänden, Vereinen und Initiativen vor Ort. Die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der SPD sind im Allgemeinen zivilgesellschaftlich fest verankert und engagieren sich in ganz unterschiedlichen Bereichen – neben der klassischen Parteipolitik.

Aber auch im Deutschen Bundestag nimmt das Thema Bürgerschaftliches Engagement einen großen Raum ein. Unter anderem im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement. Dieser tagte in dieser Legislaturperiode 34 Mal, davon – auf Wunsch der SPD – fast immer öffentlich. Die Offene Arbeitsgruppe „Bürgerschaftliches Engagement“ der SPD-Bundestagsfraktion fand vor jeder Unterausschusssitzung statt, in der Regel zum gleichen Thema, aber mit anderen Referent\*innen. Die SPD ist so direkt und regelmäßig auch auf Bundesebene in den Dialog mit der Zivilgesellschaft getreten. Diese Arbeitsgruppe werden wir beibehalten, schafft sie doch eine gute Anbindung an die Zivilgesellschaft und fördert persönliche Kontakte zu den Engagierten.

### **Frage 8:**

Welche Formen politischer Partizipation möchten Sie stärken?

*Unsere Demokratie wird von Rechtspopulismus, Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Islamismus und diskriminierender Hetze bedroht. Viele dieser Einstellungen nehmen im Alter zu. Organisationen wie Gesicht Zeigen! Richten sich in ihrer politischen Bildungsarbeit gegen diese Tendenzen. Präventive Bundesprogramme für*

*Demokratie und gegen Extremismus basieren aber auf den Richtlinien des Kinder- und Jugendplans, weil es keine eigene gesetzliche Grundlage gibt. Damit können wir ältere Gesellschaftsschichten nicht erreichen. Die bisherige Förderung der Bundesprogramme sieht zudem im Wesentlichen die Förderung von Modellprojekten vor: Wir haben aber hervorragende und erprobte Konzepte für die präventiv-pädagogische Praxis, die wir ausbauen und verstetigen müssen. Dafür brauchen wir eine stabile Grundlage, die mehr Nachhaltigkeit und Planungssicherheit schafft.*

**Frage 9:**

Welche Formen der Demokratieförderung im Kinder-, Jugend- und Erwachsenenbildung möchte Ihre Partei durchführen?

**Frage 10:**

Wie positionieren Sie sich zu einem Demokratiefördergesetz wie es die Amadeu-Antonio-Stiftung, das Anne-Frank-Zentrum, Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland, die Türkische Gemeinde Deutschland und Deutsch Plus bereits im Jahr 2016 gefordert haben?

**gemeinsame Antwort zu 8 bis 10:**

Zur Unterstützung der parlamentarischen Demokratie wollen wir direkte Demokratiebeteiligung auf Bundesebene stärken. Das Petitionsrecht beim Deutschen Bundestag werden wir weiterentwickeln: durch barrierefreien Zugang für Menschen mit Behinderungen, durch bessere Einbindung von Kindern und Jugendlichen, durch mehr öffentliche Ausschusssitzungen. Außerdem wollen wir eine Absenkung des Quorums für öffentliche Petitionen.

Deshalb setzen wir uns auch für die Ausweitung des Wahlrechts ein – beispielsweise für dauerhaft ansässige Drittstaatsangehörige auf kommunaler Ebene.

Auch junge Menschen sollen demokratisch mitentscheiden. Wir wollen das Wahlalter bei Bundestagswahlen und bei den Wahlen zum Europäischen Parlament auf 16 Jahre absenken. So ermöglichen wir jungen Menschen, sich früher politisch zu beteiligen. Und damit motivieren wir sie zugleich, sich für ihre Interessen und für ihre Rechte stärker zu engagieren. Denn ihre Stimme zählt. Die politische Bildung für Jugendliche werden wir ausbauen – vor allem über die Bundeszentrale für politische Bildung ebenso wie durch politische Jugendverbände, freie Träger und andere politische Bildungsangebote.

Unsere Position zu einem Demokratiefördergesetz ist klar (s.o.): Wir wollen die Strukturen der Präventionsarbeit langfristig sichern und werden deshalb ein Gesetz zur Demokratieförderung und Extremismusprävention vorlegen, wie es die ehemalige Familienministerin Manuela Schwesig bereits in der letzten Legislaturperiode getan hat. Leider hat die Union das Verfahren blockiert.

**Bildung und Bildungsbenachteiligung**

*In Deutschland entscheidet die soziale Herkunft so stark wie kaum eine andere Kategorie über die Bildungschancen. Von 100 Arbeiterkindern studieren 12, von 100 Akademikerkindern 74. Diese Benachteiligung liegt auch an der frühen Trennung der Schulkinder in verschiedene Schulformen (Haupt- und Realschule, Gymnasium) und wirkt sich zusammen mit anderen Faktoren wie einer bildungsfernen Herkunft oder rassistischer Diskriminierung extrem nachteilig aus, zum Beispiel für Kinder von eingewanderten Menschen. Faktoren wie die Arbeitslosigkeit von einem oder mehrerer Elternteile, einkommensschwache Haushalte oder der Wohnort können sich zudem nachteilig auf den Bildungsweg auswirken.*

**Frage 11:**

Wie möchte Ihre Partei konkret sicherstellen, dass schulische und außerschulische Bildung für alle Kinder und Jugendliche unabhängig von der finanziellen Situation ihrer Eltern, ihrer Herkunft, ihres Wohnortes und ihrer individuellen Lernvoraussetzung zugänglich sind?

**Antwort:**

Wir wollen nach der Wahl eine gemeinsame Nationale Bildungsallianz von Bund, Ländern und Kommunen imitieren. Das Kooperationsverbot in der Bildungspolitik soll aufgehoben werden, damit der Bund die Länder und Kommunen bei Investitionen in Bildung finanziell unterstützen kann. Nur so können wir die Investitionen in Schulen zielgenau und verlässlich auf den Weg bringen und die Voraussetzungen für eine Bildungsallianz schaffen. Vor allem mit einem Schulmodernisierungsprogramm und dem Ausbau von Ganztagschulplätzen wollen wir längeres gemeinsames Lernen in modernen Schulräumen mit bester Technik möglich machen. Hierzu wollen wir auch gemeinsam mit den Ländern neue Bildungsstandards für alle Bildungsbereiche und Schulstufen entwickeln. Überfällig ist zudem der flächendeckende Ausbau der Sozialarbeit an allen Schulen, so dass sie alle Schülerinnen und Schüler, alle Eltern und alle Lehrkräfte erreicht. Gute Ganztagschulen müssen sich zudem gegenüber Partnern außerhalb der Schule öffnen und Kinder und Jugendliche an der Gestaltung der Angebote beteiligen. Schulen sind Orte der Bildung, der Wertevermittlung und Lernort für lebendige Demokratie. Ehrenamtliches Engagement der Schülerinnen und Schüler werden wir fördern. Wir wollen ebenfalls die Gebührenfreiheit von der Kita bis zur Hochschule oder zum Meisterbrief herstellen. Ein weiteres wesentliches Element für mehr Chancengleichheit in der Bildung ist das BAföG, das wir auch für Schülerinnen und Schüler ausbauen wollen.

**Frage 12:**

Wird Ihre Partei die Umsetzung der Behindertenrechtskonvention in Bezug auf ein gemeinsames Lernen von Menschen mit Behinderungen und Menschen ohne Behinderungen durchsetzen? Welche Maßnahmen sollen ein gemeinsames Lernen ermöglichen?

**Antwort:**

Die SPD will ein inklusives Bildungssystem schaffen. Wir wollen inklusives Lernen von der Kita über die Grundschule und fortführenden Schulen bis zu weiteren Bildungseinrichtungen. Hierzu wollen wir insbesondere die notwendigen räumlichen, technischen und personellen Ressourcen verbessern. Für uns sind die in Frage 3.1 beschriebenen Elemente hierfür die wichtigsten Elemente: der Ganztagschulausbau und ein Schulmodernisierungsprogramm im Rahmen der nationalen Bildungsallianz ermöglichen längeres, gemeinsames Lernen und ein inklusives Lernen von Anfang an.

In dieser Legislaturperiode konnten wir mit einem Schulsanierungsprogramm über 3,5 Mrd. Euro allgemeinbildende und berufsbildende Schulen bereits in finanzschwachen Kommunen unterstützen. Im parlamentarischen Verfahren konnten wir hier bereits klarstellen, dass diese Investitionen auch in Barrierefreiheit und für Inklusion förderfähig sind. Mit dem Bundesteilhabegesetz haben wir die Situation von Menschen mit Behinderungen in dieser Legislaturperiode auch im Schulbereich verbessert. So wurde klargestellt, dass Unterstützungsleistungen für den Besuch weiterführender allgemeinbildender Schulen durch die Eingliederungshilfe erbracht werden können, in Bedarfsfällen bis zur Erlangung der allgemeinen Hochschulreife. Damit konnten wir auch einen wichtigen Schritt in Richtung inklusiver Bildung erreichen. Diesen Weg wollen wir in der kommenden Wahlperiode konsequent weitergehen.

**Frage 13:**

Wie möchte Ihre Partei ganz konkret die Arbeitsbedingungen von Lehrer\*innen und jedem pädagogischen Personal an Schulen verbessern?

**Antwort:**

Von Bundesseite wollen wir neben dem Ganztagschulausbau und einem Schulmodernisierungsprogramm (siehe Frage 3.1 und Frage 3.2) die Arbeitsbedingungen von Lehrer\*innen insbesondere dadurch verbessern, dass wir die Aus- und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern stärken wollen.

Die „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ von Bund und Ländern wollen wir daher fortsetzen und weiterentwickeln. Denn Lehrer\*innen müssen sich immer wieder auf neue Herausforderungen einstellen – auf die kulturelle Vielfalt und die Vielfalt von Lebensmodellen an ihrer Schule, auf das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung, auf ganztägigen Unterricht oder auf neue Entwicklungen in der digitalen Bildung.

Die „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ hat derzeit zum Ziel 1) die Profilierung und Optimierung der Strukturen der Lehrerbildung an den Hochschulen, 2) die Qualitätsverbesserung des Praxisbezugs in der Lehrerbildung, 3) die Verbesserung der professionsbezogenen Beratung und Begleitung der Studierenden in der Lehrerbildung, 4) die Fortentwicklung der Lehrerbildung in Bezug auf die Anforderungen der Heterogenität und Inklusion, 5) die Fortentwicklung der Fachlichkeit, Didaktik und Bildungswissenschaften und 6) die Vergleichbarkeit sowie die gegenseitige Anerkennung von lehramtsbezogenen Studienleistungen und Lehramtsabschlüssen sowie der gleichberechtigte Zugang bzw. die gleichberechtigte Einstellung in Vorbereitungs- und Schuldienst zur Verbesserung der Mobilität von Lehramtsstudierenden und Lehrerinnen und Lehrern.

**Frage 14:**

Was möchte Ihre Partei für eine bessere Qualifikation in Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften und Personal im Bildungsbereich tun – besonders im Hinblick auf didaktisches Wissen und methodische Kompetenzen in einer zeitgemäßen Demokratieförderung?

**gemeinsame Antwort zu 14 und 20:**

Gut ausgebildetes sozialpädagogisches Fachpersonal und qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer sind der Schlüssel für ein integratives Bildungswesen. Wir brauchen aus Sicht der SPD neben der Fortsetzung und Weiterentwicklung der „Qualitätsoffensive Weiterbildung“ zur Stärkung des didaktischen Wissens und der methodischen Kompetenzen von Lehrkräften und Personal im Bildungsbereich (siehe Frage 3.3) mehr Lehrkräfte mit Migrationshintergrund, damit das Personal auch die Vielfalt der Lernenden in den Bildungseinrichtungen widerspiegelt. Insgesamt müssen wir darüber hinaus klare Anreize setzen, etwa über die Vergütung, über zusätzliche Karriereaussichten oder über neue Wege für Quereinstiege mit berufsbegleitender Qualifikation. Lehrkräfte insbesondere an Grundschulen sowie Erzieherinnen und Erzieher in Kitas müssen bei der neuen vielfältigeren Zusammensetzung der Lerngruppen über Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen besser auf heterogene Lerngruppen vorbereitet und auch im Alltag stärker unterstützt werden. Digitale Lernangebote und qualitative, freie Lehrinhalte (Open Educational Resources) bieten hier zusätzliche Unterstützungspotenziale. Mit einem Berufsschulpakt wollen wir ebenfalls dafür sorgen, dass genügend gute Lehrkräfte an den Berufsschulen zur Verfügung stehen.

**Hate Speech und Diskriminierungen im Netz**

*Hassrede soll Menschen verunglimpfen und herabsetzen. Sie fördert Diskriminierungen und Hetze gegen bestimmte Menschengruppen und ruft zu Gewalt gegen sie auf. Gesicht Zeigen! Sieht den Umgang mit dieser Hasskriminalität als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe an. Mit der Übertragung der Verantwortung für das Erkennen und Löschen von strafrechtlich relevanten Inhalten auf die Plattformbetreiber allein ist dem Problem nicht*

*beizukommen. Damit erreichen wir nicht die Täter und bekämpfen vor allem nicht die Ursachen von Hasskriminalität. Aufklärung, Prävention, Dialog und eine gesellschaftliche Auseinandersetzung über Werte unserer Demokratie sind dringend nötig.*

**Frage 15:**

Wie möchte Ihre Partei mit dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz umgehen bzw. welche Gesetzesänderungen sehen Sie vor?

**Frage 16:**

Wie plant Ihre Partei sowohl die Meinungs- und Informationsfreiheit im Netz als auch die Betroffenen von Hasskriminalität zu schützen?

**Frage 17:**

Was plant Ihre Partei, um Hassrede, Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit im Netz entgegenzuwirken und eine respektvolle Netzkultur zu fördern?

**gemeinsame Antwort zu 15 bis 17:**

Wir wollen der Verbreitung von Hasskriminalität und so genannten Fake News konsequent entgegenwirken. Sie sind eine große Gefahr für das friedliche Zusammenleben und für die freie und demokratische Gesellschaft. Am Anfang stehen die Worte, dann folgen die Taten. Wer im Internet kriminelle Parolen veröffentlicht und zu Gewalt gegen Jüdinnen und Juden, Ausländer und Ausländerinnen oder andere aufruft, muss konsequent zur Rechenschaft gezogen werden. Die Verbreitung rechtswidriger Inhalte wie Volksverhetzung, Beleidigung und Verunglimpfung in den sozialen Netzwerken soll besser und schneller verfolgt werden. Daher setzen wir uns für eine verbesserte Ausbildung und Ausstattung der Polizeibehörden und Justiz in diesem Bereich ein.

Auch die Anbieter von sozialen Netzwerken müssen in die Verantwortung genommen werden. Deshalb führen wir eine Berichtspflicht für Anbieter zum Umgang mit Hinweisen über rechtswidrige Inhalte sowie einheitliche Standards des Beschwerdemanagements ein. Vor allem müssen Anbieter aber effektiv mit Strafverfolgungsbehörden zusammenarbeiten. Hierzu werden wir Kontaktstellen im Inland sowie kurze Reaktionsfristen festlegen. Wer sich nicht an die Vorgaben hält, soll mit empfindlichen Geldbußen bestraft werden. Parallel zu nationalen Schritten setzen wir uns für europaweite und internationale Regeln in diesem Kontext ein.

Aber allein mit Strafverfolgung ist die gesellschaftliche Aufgabe der Eindämmung von Hass und Hetze im Netz nicht zu lösen. Es bedarf Aufklärung und Gegenrede, um der Verrohung begegnen und wieder eine respektvollere Debattenkultur etablieren zu können. Wenn in Diskussionen die Würde von Menschen angegriffen oder diese diffamiert werden, muss entschieden widersprochen werden. Hier müssen wir entsprechende Förderprogramme aufsetzen und Strukturen aufbauen, um die Kultur der Gegenrede zu unterstützen.

Ebenso benötigen wir Digitale Bildung und digitale Selbständigkeit als Voraussetzung eines verantwortungsvollen Umgangs mit neuen Medien. Die Menschen müssen in der Lage sein, aus der Vielzahl der Informationen Inhalte einschätzen und bewerten und gezielte Falschinformationen ebenso wie Rechtsverletzungen und Diskriminierungen erkennen zu können. Es ist von zentraler Bedeutung, die Menschen und insbesondere Kinder und Jugendliche zur digitalen Selbständigkeit zu befähigen. Damit ist das Ziel gemeint, dass jeder Bürger und jede Bürgerin in der Lage sein soll, alle Möglichkeiten der digitalen Kommunikation selbständig nutzen und sich zugleich vor allen damit verbundenen Risiken möglichst gut schützen zu können. Insbesondere Kinder und Jugendliche sowie die ihnen zur Seite stehenden Eltern und Erzieher brauchen hierbei Unterstützung in der Form verlässlicher, flächendeckend verfügbarer und niedrigschwelliger Beratungs- und



Informationsangebote. Notwendig ist auch eine niedrigschwellige Kampagne für die Befähigung zur digitalen Selbständigkeit in sozialen Netzwerken. In Zusammenarbeit mit Bildungseinrichtungen, der Bundeszentrale für politische Bildung, Medienschaffenden, Medienwissenschaftlern und Medienpädagogen und den Betreibern der sozialen Netzwerke soll ein solcher Austausch konzipiert und umgesetzt werden.

## **Migration**

*In den letzten Jahren sind so viele Menschen wie nie zuvor nach Deutschland eingewandert, darunter ebenso EU-Bürger\*innen oder Geflüchtete aus Syrien oder Afghanistan. Für sie gilt ein nahezu undurchsichtiger Paragraphendschungel aus Integrations- und Zuwanderungsgesetz und Asylgesetzgebung, die überwiegend eine abschreckende Wirkung für Migrant\*innen entfalten und zum Teil menschenunwürdige Zustände beispielsweise in Flüchtlingsheimen hervorbringen. Inzwischen haben 21 Prozent der deutschen Bevölkerung einen Migrationshintergrund. Als Einwanderungsland leben wir von der Vielfalt an Erfahrungen, Lebensweisen, Kompetenzen und Identitäten, die diese Menschen mitbringen und haben. Die Selbstverständlichkeit von Zuwanderung sollte sich auch in ihrer gesetzlichen Regelung widerspiegeln und insbesondere im Falle Geflüchteter im Einklang mit humanitären Prinzipien stehen.*

### **Frage 18:**

Welche Schritte plant Ihre Partei, um ein modernes Einwanderungsgesetz auf den Weg zu bringen?

### **Antwort:**

Wir wollen die Einwanderung nach Deutschland transparent und verständlich regeln. Für Unternehmen, die in Deutschland dringend nach Arbeitskräften suchen genauso, wie für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Ausland. Dafür werden wir ein Einwanderungsgesetz auf den Weg bringen, mit dem wir den Zuzug qualifizierter Arbeitskräfte nach Deutschland besser steuern können. Hiermit werden wir ein flexibles und an der Nachfrage nach Fachkräften orientiertes Punktesystem nach kanadischem Modell einführen. Dabei werden Kriterien wie berufliche Abschlüsse, Berufserfahrung, Sprachkenntnisse, Alter und Integrationsfähigkeit berücksichtigt. Wer ausreichend fachliche Qualifikationen und ein Jobangebot hat, kann nach Deutschland einwandern. Dabei werden wir durch geeignete Maßnahmen die Chancengleichheit von Männern und Frauen sicherstellen. Wie viele qualifizierte Fachkräfte pro Jahr über das Punktesystem in unser Land kommen können, soll flexibel über eine Quote gesteuert werden. Die Quote orientiert sich an der Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Sie wird jedes Jahr von einer unabhängigen Expertenkommission festgelegt. Sowohl für potenzielle Einwanderinnen und Einwanderer als auch für die Bürgerinnen und Bürger wird so transparent dargestellt, wie Erwerbsmigration in Deutschland geregelt ist.

Zudem wollen wir künftig die Vielzahl bestehender Regelungen und Aufenthaltstitel bündeln, um mehr Übersichtlichkeit und Transparenz im deutschen Einwanderungsrecht zu schaffen. Wir prüfen die Möglichkeit, ob ein Wechsel von Asylsuchenden in das arbeitsmarktbezogene Aufenthaltsrecht umsetzbar ist.

### **Frage 19:**

Wie möchte Ihre Partei dazu beitragen, eine positive Kultur der Zuwanderung und die Anerkennung von Diversität in Deutschland zu befördern?

### **Antwort:**

Die SPD will gleiche Chancen auf Teilhabe für alle, das ist unser Leitbild. Teilhabe heißt dabei auch Beteiligung am politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben sowie am zivilgesellschaftlichen Engagement und an politischen Entscheidungsprozessen.

2016 ist das Integrationsgesetz in Kraft getreten, das Geflüchteten den Zugang zum Spracherwerb erleichtert und Hürden beim Eintritt in Ausbildungs- und Arbeitsmarkt abbaut.

Schutzsuchende mit Bleibeperspektive wollen wir unterstützen, sich rasch in Arbeitswelt und Gesellschaft zu integrieren. Weitere Maßnahmen werden dabei u.a. sein: Öffnung der Integrationskurse für alle Asylsuchenden und Geduldeten; Verbinden von berufsbezogener Sprachförderung mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen; Kitabesuch für alle Kinder; verbesserte Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen sowie ein dauerhaftes Bleiberecht für Ausländer, die hier erfolgreich ein Studium abgeschlossen haben. Außerdem wollen wir, dass sich der Anteil von Menschen mit familiären Einwanderungsgeschichten auch in der Zusammensetzung des öffentlichen Dienstes niederschlägt. Zielvorgaben, Ausbildungskampagnen und faire Bewerbungsverfahren unterstützen diesen Prozess. Dazu gehört auch die Offenheit gegenüber unterschiedlichen Kulturen, die wir in allen gesellschaftlichen Bereichen umsetzen wollen.

Zudem wollen wir mehr über die Auswirkungen von Ein- und Auswanderungen auf den gesellschaftlichen Wandel erfahren. Dafür sind wissenschaftsbasierte Analysen notwendig. Wir haben uns erfolgreich für eine nachhaltige, institutionelle Stärkung der Migrations- und Integrationsforschung und eine bessere Vernetzung der Forschenden eingesetzt und wollen dies noch weiter vorantreiben.

Ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht ist eine wesentliche Voraussetzung für Integration. Wir setzen uns weiterhin für die Akzeptanz von Mehrstaatigkeit für in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern sowie bei Einbürgerungen ein. Für in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern haben wir die Optionspflicht abgeschafft. Wir stehen weiterhin zu dem Prinzip der Mehrstaatigkeit.

Auch ehrenamtliches Engagement ist für eine erfolgreiche Integration unverzichtbar: in der Nachbarschaft, im Sportverein, in sozialen Einrichtungen, bei den Wohlfahrtsverbänden oder in Migrantenorganisationen. Vorbildlich ist dabei u.a. das Patenschaftsprogramm „Menschen stärken Menschen“. Damit werden Freiwillige gefördert, die sich der zu uns geflüchteten Menschen annehmen und so einen wichtigen Beitrag zu einer gelingenden Integration von Flüchtlingen leisten. Denn ein persönlicher Kontakt auf Augenhöhe ermöglicht es, voneinander zu lernen und längerfristige Beziehungen oder Freundschaften aufzubauen. Durch den direkten Austausch und das Entdecken von Gemeinsamkeiten und Unterschieden lernen sich beide Seiten kennen und schätzen und profitieren voneinander. Vorurteile und Ängste können im alltäglichen Miteinander abgebaut werden. Gerade die freundschaftliche Beziehung zu Einheimischen ermöglicht Geflüchteten das Gefühl gesellschaftlicher Akzeptanz. Dieses Programm wollen wir ausbauen.

Fest steht: Teilhabe ist Grundvoraussetzung dafür, dass Menschen sich als Teil der Gesellschaft verstehen. Dazu gehört auch das Recht, an demokratischen Wahlen teilnehmen zu können.

**Frage 20:**

Was plant Ihre Partei, um dafür Sorge zu tragen, dass Diversität, v.a. in Bezug auf verschiedene kulturelle Herkunft, auch bei Lehrkräften in Bildungseinrichtungen abgebildet wird?

**Antwort:**

Mit Frage 14 beantwortet (siehe oben)

**Frage 21:**

Wie positionieren Sie sich zu Abschiebungen in Länder wie Afghanistan, in denen das Leben von Menschen bedroht ist?

**Antwort:**

Für uns steht fest, dass wir Menschen nicht in Perspektivlosigkeit und Lebensgefahr abschieben werden. Unser Maßstab für das Recht auf Asyl und für die Aufnahme von Schutzsuchenden ist und bleibt allein die humanitäre und rechtliche Verantwortung Deutschlands.

Da die Sicherheitslage in Afghanistan kein sicheres Leben zulässt, werden wir mit Ausnahme von Schwermitteln und Terrorverdächtigen bis auf weiteres keine Abschiebungen nach Afghanistan durchführen. Außerdem wollen wir eine Altfallregelung schaffen, sodass Menschen, die seit mindestens zwei Jahren in Deutschland leben, hier nicht straffällig geworden sind und Arbeit haben oder zur Schule gehen, nicht abgeschoben werden.

**Frage 22:**

Wie beabsichtigt Ihre Partei dafür Sorge zu tragen, dass alle Geflüchteten in menschenwürdigen und ihren Bedürfnissen entsprechenden Unterkünften untergebracht werden?

**Antwort:**

Für die Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten sind in erster Linie die Bundesländer und Kommunen zuständig. Der Bund kann jedoch hierfür die Rahmenbedingungen schaffen.

Wir haben in dieser Wahlperiode viele befristete Maßnahmen, beispielsweise weitgehende Änderungen im Bauplanungsrecht, beschlossen, die kurzfristig die Einrichtung und den Bau von Unterkünften beschleunigen sollten und so die Länder beim Aufbau von Erstaufnahmeplätzen unterstützt. Zudem beteiligt sich der Bund strukturell, dauerhaft und dynamisch an den Kosten der Flüchtlingsaufnahme, um Länder und Kommunen zu entlasten.

Ob geflüchtete Menschen in Sammelunterkünften oder Privatwohnungen untergebracht werden, liegt an den Unterbringungskonzepten im jeweiligen Bundesland. Viele Länder setzen mittlerweile auf eine dezentrale Unterbringung in privaten Unterkünften. Um der angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt entgegenzuwirken und bezahlbaren Wohnraum für alle Menschen in Deutschland zu schaffen, haben wir bis 2019 insgesamt 2 Milliarden Euro für den sozialen Wohnungsbau bereitgestellt. Den Kommunen werden Immobilien und Liegenschaften des Bundes schnell und verbilligt für den sozialen Wohnungsbau bereitgestellt. Liegenschaften, soweit und solange diese der Unterbringung von Asylsuchenden dienen, können den Kommunen mietzinsfrei überlassen werden. Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben soll gegen Nachweis der entstandenen notwendigen und angemessenen Erstzustandsetzungs- und Erschließungskosten erstatten.

In Flüchtlingsunterkünften ist uns eine geschlechtergerechte Unterbringung sehr wichtig. Wir wollen auch weiterhin alleinreisende Frauen, Schwangere, Frauen mit Kindern und auch schutzsuchende queere Menschen besonders schützen. Für traumatisierte Geflüchtete und ihre Kinder brauchen wir spezielle Hilfseinrichtungen.

Länder und Kommunen haben teilweise in eigener Verantwortung Konzepte für die Unterbringung und Begleitung besonders schutzbedürftiger Personengruppen unter den Asylsuchenden entwickelt. Die Bundesregierung hat federführend durch uns begleitend bereits ebenfalls Maßnahmen ergriffen: Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) fördert seit Ende März 2016 mittels eines Programms der Kreditanstalt für Wiederaufbau bauliche Schutzmaßnahmen für schutzbedürftige Personengruppen in den Flüchtlingsunterkünften. Mit diesem Programm werden den Kommunen vergünstigte Investitionskredite mit einem Gesamtvolumen von bis zu 200 Millionen Euro bereitgestellt, die für Neu- und Umbauten, den Erwerb, die Modernisierung

sowie die Ausstattung von Flüchtlingsunterkünften zur Umsetzung von Mindeststandards zum Schutz von Frauen, Kindern und weiteren schutzbedürftigen Personengruppen verwendet werden können.

## **Rechtsextremismus und rechte Gewalt**

*Rechtsextremisten lehnen die Freiheit und die Gleichheit aller Menschen ab, sie verbinden inhumane, ausgrenzende und diskriminierende Elemente wie Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Nationalismus und Autoritarismus und richten sich damit gegen unsere demokratische Gesellschaft. Rechtsextremismus weitet sich weiterhin in Deutschland aus, auch gewalttätige Übergriffe nehmen zu. So gab es im Jahr 2016 allein 3.774 Angriffe auf Asylsuchende und durchschnittlich alle drei Tage einen Brandanschlag. Pegida, Reichsbürger, Identitäre, Afd und NPD bezeugen die Ausbreitung rechtsextremen Gedankenguts. Offene Fragen aus sämtlichen NSU-Untersuchungsausschüssen belegen zudem strukturelle Schwierigkeiten in Erkennen und im Umgang mit rechter Gewalt.*

### **Frage 23:**

Wie möchte Ihre Partei die gemeinsamen Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses der 18. Wahlperiode umsetzen? Wie planen Sie mit den noch bestehenden offenen Fragen zur Mordserie des NSU und der Verantwortung der Behörden umzugehen?

### **Antwort:**

Der NSU-Untersuchungsausschuss der 18. Wahlperiode hat die Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses der 17. Wahlperiode bekräftigt und punktuell ergänzende, insbesondere auf Detailfragen bezogene Empfehlungen ausgesprochen. Wir werden uns wie auch bereits bei den Empfehlungen aus der 17. Wahlperiode mit Nachdruck dafür einsetzen, dass auch die ergänzenden Empfehlungen zügig umgesetzt werden. Soweit diese die Bundesebene betrifft, werden wir nach der Bundestagswahl die erforderlichen gesetzlichen Regelungen schaffen bzw. die nötigen tatsächlichen Reformschritte ergreifen. Einige Empfehlungen betreffen auch die Ebene der Länder bzw. die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern etwa beim polizeilichen Informationsaustausch, der PMK-Statistik oder der polizeilichen Ermittlungsarbeit. Auch insoweit werden wir uns gemeinsam mit den Ländern für eine zügige Umsetzung der Empfehlungen einsetzen.

Zugleich müssen bereits im Zuge der NSU-Aufarbeitung angestoßene Reformprozesse in den Sicherheitsbehörden konsequent fortgesetzt werden. Dies betrifft insbesondere den Bereich der Aus- und Fortbildung, um Vorurteilsstrukturen zu überwinden und eine moderne Führungs- und Fehlerkultur zu verankern.

Bezogen auf die Förderung von Initiativen gegen Rassismus und Rechtsextremismus fordern wir über die gemeinsamen Empfehlungen des Untersuchungsausschusses hinaus nach wie vor ein Demokratiefördergesetz. Zwar wurden die Fördermittel für die laufende Programmperiode bis 2019 deutlich aufgestockt, die zivilgesellschaftlichen Akteure brauchen aber endlich verlässliche Rahmenbedingungen für ihre wichtige Arbeit.

Die noch offen gebliebenen Fragen hinsichtlich einer Beteiligung weiterer Personen am Netzwerk der Terrorgruppe NSU sind Gegenstand eines Strukturermittlungsverfahrens, das beim Generalbundesanwalt in Zusammenarbeit mit dem Bundeskriminalamt geführt wird. Noch offene Spuren und neue Hinweise auf mögliche Unterstützer sind in diesem Verfahren umfassend zu prüfen, auch nach Abschluss des Prozesses vor dem OLG München.

Weder in den beiden Untersuchungsausschüssen des Bundestags noch in den diversen Untersuchungsausschüssen der Länder gab es Anhaltspunkte für eine Mitwisserschaft oder gar einen steuernden Einfluss staatlicher Behörden hinsichtlich der Mordserie und Bombenanschläge der Terrorgruppe NSU. Fest steht jedoch, dass es den Sicherheitsbehörden nicht gelungen war, Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe nach ihrer Flucht 1998 zu ergreifen. Die Ursachen für dieses Versagen waren und sind Gegenstand intensiver Prüfung diverser Untersuchungsausschüsse. Daher besteht derzeit aus unserer Sicht kein Anlass für einen weiteren Untersuchungsausschuss auf Bundesebene.

**Frage 24:**

Wie will Ihre Partei zivilgesellschaftliche Organisationen und Initiativen, die sich gegen rechte Gewalt und rassistische Vorurteile einsetzen, finanziell absichern und politisch unterstützen, um ihre dringend notwendige Arbeit langfristig zu gewährleisten?

**Antwort:**

Auch hier soll das Gesetz zur Demokratieförderung und Extremismusprävention die Strukturen der Präventionsarbeit langfristig sichern (s.o.).

**Frage 25:**

Wie möchte Ihre Partei erreichen, dass sich junge Menschen in unserem Land nicht radikalieren?

**Antwort:**

Besonders junge Menschen sind bei der Suche nach Halt und Orientierung anfällig für extremistische Ideologien. Um diesen zu begegnen, brauchen wir präventive Maßnahmen gegen jede Form von Extremismus – ob islamistisch, von rechts oder von links. Die spezifische Ansprache der Betroffenen ist dabei grundverschieden – je nachdem, ob es sich um einen potenziellen Rechtsextremisten oder potenziellen Islamisten handelt. Besonders wichtig ist für uns: Alle Personen, die mit Jugendlichen zusammenarbeiten, müssen für Radikalisierungsprozesse und Präventionsarbeit stärker sensibilisiert und qualifiziert werden, vor allem Lehrer\*innen, Jugendsozialarbeiter\*innen sowie Angestellte in Schul- und Jugendämtern. Hierzu sollten insbesondere Weiterbildungsangebote für sie entwickelt werden, die diese bei der Erkennung, Ansprache und Prävention von Extremismus und Radikalisierungstendenzen unterstützen. Es gilt, sie weiter für Diskriminierungs- und Ausgrenzungserfahrungen zu sensibilisieren.